

## **FRAGE 1**

### **Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung der hohen Mieten und genereller Wohnungsnot?**

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Für uns ist der größte Preistreiber die zügellose Massenzuwanderung. Gerade Tirol, ein Land in dem nur 13 Prozent der Landesfläche für dauerhafte Besiedelung geeignet ist, gibt es Grenzen des Wachstums. In nur einem Menschenalter hat sich die Bevölkerung Tirols von rund 400.000 auf heute circa 750.000 Einwohner fast verdoppelt. Dazu hat sich die Anzahl der Gebäude von rund 58.000 im Jahr 1951 auf circa 206.000 im Jahr 2020 nahezu vervierfacht. Auch die Anzahl der Wohnungen hat sich von rund 120.000 im Jahr 1961 auf circa 422.000 im Jahr 2020 mehr als verdreifacht. Dennoch ist die Lage katastrophal. Nur zu bauen ist also nicht die Lösung. Der Zuzug muss massiv gedrosselt werden, gerade in den Ballungsräumen, damit wieder leistbarer Wohnraum für Tiroler entstehen kann. Natürlich muss auch dem Spekulantentum der Kampf angesagt werden, ebenso wie den illegalen Freizeitwohnsitzen. Daneben muss der Leerstand mobilisiert werden, was aber nicht mit einer Abgabe gelingen wird, sondern mit Anreizen angegangen werden muss. Etwa könnte man Eigentümer von der ImmoEST befreien, wenn sie ihre leerstehenden Wohnungen über einen gewissen Zeitraum vermietet vermieten. Unsere Tiroler Heimat darf nicht länger ausverkauft werden. In Folge muss dann natürlich auch sozialer Wohnraum geschaffen werden, um die Schwächeren in unserer Gesellschaft unter die Arme zu greifen. Wir möchten auch schon lange in Tirol das Konzept des „Housing First“ umgesetzt wissen, um Menschen aus der Obdachlosigkeit zu bekommen. Wenn wir die genannten Weichen richtig stellen, wird es auch in Tirol wieder möglich sein, leistbar zu wohnen und auch jungen Familien den Traum vom Eigenheim wahrwerden zu lassen.

Der Stopp des Ausverkaufs unserer Heimat ebenso wie ein Kurswechsel bei der Migrationspolitik ist prinzipiell eine Bedingung für eine etwaige Regierungsbeteiligung.

## **FRAGE 2**

### **Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung zur Bekämpfung von Armut?**

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Wir wollen ein zielgerichtetes Sozialsystem, welches jenen hilft, welche die Hilfe auch wirklich brauchen. Mit der Gießkanne Sozialleistungen zu verteilen, ist wenig zielführend. Wir als soziale Heimatpartei sind das soziale Gewissen in der Tiroler Politlandschaft, was wir seit Jahren unter Beweis stellen. Ob dies die Erhöhung des Heizkostenzuschusses oder das Schulstartgeld ist. Stets kamen die Initiativen dafür von uns. Leider steuern wir auf ungewisse Zeiten zu. Die Inflation macht allen zu schaffen und hat längst den Mittelstand erreicht. Wir werden also alle Hände voll zu tun haben, um die Folgen der Teuerung anzugehen. Aus diesem Grund fordern wir ein Ende der Sanktionen, um Tirol nicht in die Armut zu treiben.

Wir wollen das Sozialsystem auf neue Beine stellen und den Fokus neu ausrichten. Das Ziel muss sein, dass kein Tiroler hungern oder frieren muss. Auch im Freien soll niemand schlafen müssen, wenn er das nicht will. Das muss oberste Priorität haben. Ein reiches Land wie Tirol muss dies bewerkstelligen können. Gerade die Altersarmut ist ein Schandfleck für unser Land. Genau jene Tiroler, die unser Land nach dem Krieg wieder aufgebaut haben und denen wir unseren heutigen Wohlstand zu verdanken haben, sollten nicht im Alter in die Armut abrutschen. Wir sind der Meinung, dass man zuerst die Armut im eigenen Land bekämpfen muss, bevor man versucht die ganze Welt zu retten. Dementsprechend wollen wir bedürftigen Tirolern helfen. Dabei geht es uns aber nicht, die Bürger in eine Abhängigkeit zum Staat zu treiben, sondern jedem ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und jenen Tirolern, die unverschuldet in die Armut abgerutscht sind, auf die Beine zu helfen, damit sie wieder selbst für sich sorgen können. Und jeden, die das nicht schaffen, aus welchem Grund auch immer, muss es ermöglicht werden, ein Leben in Würde zu führen und nicht am Rand der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden. Auf der anderen Seite dulden wir aber keinen Sozialmissbrauch, der nachdrücklich bekämpft werden muss. Das ist eine soziale Heimat, wie wir sie uns vorstellen.

Konkrete Maßnahmen sind keine Regierungsbedingung, aber diese Vision von einem sozialen Tirol sollte von der ganzen Regierung geteilt werden.

### **FRAGE 3**

**Welche konkreten Schritte planen Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung, um unabhängig vom Einkommen allen in Tirol lebenden Menschen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten?**

(Maßnahmen zur Absicherung des kassenfinanzierten Gesundheitssystems im Allgemeinen und der psychiatrischen Versorgung im Speziellen)

Welche dieser Maßnahmen sind für Sie Bedingung für eine Regierungsbeteiligung?

Wir sind keine Freunde der Mehrklassenmedizin. Jeder ist schon in der Situation gewesen, dass er monatelang auf einen Termin bei einem Kassenarzt warten musste. Wer es sich leisten kann, geht in eine Privatpraxis. Das ist die Realität und die Folge verfehlter Politik der letzten Jahrzehnte. Vor allem der Ärztemangel macht uns dabei schwer zu schaffen. Im ländlichen Raum gibt es kaum noch Fachärzte und auch im urbanen Bereich wird die Situation immer prekärer. Das Problem ist schon lange bekannt, wurde aber verschlafen. Durch Corona hat sich das ganze Ausmaß der Situation so richtig gezeigt, denn auch im Pflegebereich sieht es nicht viel besser aus. Hier braucht es eine tiefgreifende Reform, die nicht nur eine bessere Bezahlung vorsieht, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessert. Das beginnt schon bei der Ausbildung. Bei der Pflege etwa schwebt uns das Schweizer Ausbildungsmodell vor und das Burgenländische Modell, also eine Tiroler Pflege GmbH. Auch was den Ärztemangel betrifft, gibt es einige Maßnahmen, die das Land setzen kann. Etwa eine Pflicht für alle Absolventen der Med-Uni Innsbruck mindestens zwei Jahre lang in Tirol zu praktizieren. Corona hat aber auch gezeigt, dass wir gerade im Bereich der psychischen Gesundheit riesigen Aufholbedarf haben. Ein Bündel an Maßnahmen soll sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen wieder besser sind. Das soll dazu führen, dass in Zukunft jeder Tiroler Bürger

unabhängig von Alter, Beruf und Einkommen, entsprechend seinem Gesundheitszustand die notwendige medizinische Behandlung erhält. Neben der freien Wahl des Arztes müssen dann auch angemessene Wartezeiten bei Ärzten und in Spitälern wieder Realität werden.

Auch hier sind nicht konkrete Maßnahmen Koalitionsbedingung, aber die Lösung des Problems sehr wohl.